

Weitere Kernforderungen der FDP

- » Wir fordern eine personelle Verstärkung der Polizei und eine konsequente Verfolgung von Straftaten.
- » Entscheidungen, ob Menschen hier Asyl oder ein Bleiberecht erlangen, sind schnell zu treffen. Dafür ist eine Personalverstärkung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge notwendig.
- » Wir müssen den sofortigen Zugang zu den Schulen vor Ort gewährleisten und kurzfristig neue Stellen für Lehrer und Pädagogen schaffen.
- » Der Schulbesuch von Flüchtlingen muss bis zum 25. Lebensjahr ermöglicht werden.
- » Schon vor der Flüchtlingskrise wurden in Deutschland zu wenige Wohnungen gebaut. Mietpreismotoren und hohe Baustandards sind kontraproduktiv und gehören abgeschafft, um schnellstens genügend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- » Eine Erhöhung jeglicher Steuern und Abgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise lehnen wir ab.
- » Die Kommunen müssen vom Bund die vollen Kosten für die Flüchtlingsunterbringung erstattet bekommen.

Die FDP bekennt sich in der Flüchtlingskrise zur humanitären Verantwortung unseres Landes. Wir distanzieren uns von jeder Form des Fremdenhasses und sehen in jedem Flüchtling, der zu uns kommt, den Menschen. Gerade deshalb müssen wir handeln, um die Aufnahmefähigkeit Deutschlands nicht zu überschreiten und die Herausforderungen der Integration zu meistern. Für uns steht fest, dass sich die Politik nicht über den Rechtsstaat stellen kann!

Die Freien Demokraten haben umfangreiche Vorschläge gemacht, wie eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik aussehen muss.

Lesen Sie mehr über unsere Forderungen und diskutieren Sie mit uns, wie wir die Zuwanderung steuern, die Integration verbessern und den Rechtsstaat stärken können.

www.fdp-hessen.de/thema/fluechtlinge



 [facebook.com/FDPHessen](https://www.facebook.com/FDPHessen)
 twitter.com/fdpHessen

Impressum

FDP Landesverband Hessen
Adolfsallee 11
65185 Wiesbaden

www.fdp-hessen.de
hessen@fdp.de
Tel.: 0611 999060

» Wir möchten die Gelegenheit nutzen, den vielen Helfern Danke zu sagen, die in dieser Krisensituation unermüdlich im Einsatz sind. «

Bettina Stark-Watzinger,
Generalsekretärin der FDP Hessen

Freie Demokraten

Hessen FDP

Zuwanderung steuern. Rechtsstaat stärken.

Lasst es uns anpacken!



Regierung muss handeln statt streiten.

Mit der Entscheidung, Flüchtlingen, die aus oder über sichere Drittländer kommen, die Aufnahme in Deutschland zuzusagen, hat sich die Bundesregierung über europäisches und deutsches Recht hinweggesetzt. Die Regierungskoalition hat gerade beschlossen, in dieser Legislaturperiode kein Zuwanderungsgesetz mehr auf den Weg zu bringen. Wichtige Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben, ist ein politischer Offenbarungseid.

Die staatlichen Institutionen sind überlastet: Weder ist bekannt, wie viele Flüchtlinge in unser Land gekommen sind, noch wer sich genau bei uns aufhält. Knapp 700.000 Asylanträge wurden noch nicht bearbeitet. Es gibt keinen Masterplan zur Integration der Flüchtlinge. Und als Lösung der Krise wird sich hinter einer europäischen Einigung versteckt, die es derzeit nicht gibt.

Die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit.

Wir Freien Demokraten streiten für eine weltoffene, plurale und tolerante Gesellschaft. Grundvoraussetzung ist die uneingeschränkte Durchsetzung des in Deutschland und Europa geltenden Rechts.

Die Ereignisse in Köln sind nicht Resultat fehlender Gesetze, sondern ihrer unterbliebenen Durchsetzung. Der Staat muss seiner Kernaufgabe – der inneren Sicherheit – nachkommen. Jeder Bürger muss sich in jedem Winkel der Republik auf den Rechtsstaat verlassen können. Dafür bedarf es einer personellen Verstärkung der Polizei und einer konsequenten Verfolgung von Straftaten.

» Wir brauchen keine Abstandsregeln für Frauen. Wir nehmen Abstand von Männern, die Frauen nicht respektieren.«

FDP Hessen, 6. Januar 2016

Integration verbessern.

Neben einer sofortigen Vermittlung der deutschen Sprache muss auch unsere unverrückbare liberale Gesellschaftsordnung vermittelt werden.

Das Grundgesetz als objektive, liberale Werteordnung ist alleinige Richtschnur für das Zusammenleben in Deutschland.

Der Kollege auf der Arbeit ist der beste Integrationshelfer. Daher müssen Arbeitsverbote aufgehoben und der Mindestlohn gelockert werden.

Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Ein sofortiger und längerer Zugang zu den Schulen vor Ort muss gewährleistet sein.

» Mit Blockade und Schuldzuweisungen macht man Rechtspopulisten groß. Mit Lösungen macht man sie wieder klein.«

Christian Lindner,
Bundesvorsitzender der FDP

Handlungsfähigkeit des Staates wiedererlangen.

Die Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen sind begrenzt, ehrenamtliches Engagement gerät an seine Grenzen und eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt bleibt auf wenige Fälle beschränkt.

Die Zahl der Flüchtlinge muss sich in diesem Jahr deutlich verringern.

Die Maßnahmen der Bundesregierung sind hierzu unzureichend. Wir fordern u.a.:

- » Die Sicherung der europäischen Außengrenzen.
- » Für den Fall, dass eine solche Grenzsicherung nicht erreicht wird, ein Konzept zur Sicherung der nationalen Grenzen.
- » Abgelehnte Asylbewerber müssen schneller zurückgeführt und die Liste der sicheren Herkunftsländer erweitert werden.

» Die Stimmung im Land hatte sich verändert. [...] Ich hörte Sätze, die mir nicht gefallen, weil sie auf Angst, Ressentiments, auf Fremdenfeindlichkeit setzen. [...] Dieses Land darf nicht von den Rändern bestimmt werden, sondern es ist die Mitte, die allen Extremisten die Stirn bietet. Es gibt keine Toleranz gegenüber den Feinden der Freiheit.«

Dr. Stefan Ruppert,
Landesvorsitzender der FDP Hessen

Klare Unterscheidung zwischen Asylsuchenden, Flüchtlingen

und Zuwanderern.

- » Menschen, die wegen ihrer Ethnie, Nationalität, Religion oder Zugehörigkeit politisch verfolgt werden, haben Anspruch auf Asyl.
- » Kriegsflüchtlinge sollen für die Dauer der Bedrohung in ihrer Heimat humanitären Schutz genießen. Für sie ist das Asylverfahren der falsche Weg. Die Duldung entlastet die Behörden und erspart uns eine Debatte über Änderungen des Asylrechts im Grundgesetz.
- » Für Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, kann dieser Schutz nicht gelten. Ihnen muss in ihren Heimatländern geholfen werden.

- » **Wichtig:** Neben der humanitären Hilfe braucht Deutschland ein modernes Einwanderungsgesetz. Nur mit einer gesteuerten Zuwanderung können wir dem demografischen Wandel begegnen und den Fachkräftebedarf, der bei bis zu 350.000 Fachkräften pro Jahr liegt, lindern. Ein Einwanderungsgesetz definiert klare Kriterien, wie die Einwanderung in den Arbeitsmarkt aussehen soll. So kann für diejenigen, die nach der Flucht dauerhaft bei uns bleiben wollen, die Anforderungen erfüllen und sich integriert haben, eine neue Chance entstehen.

